

FOKUS: ANTISEMITISMUS **IN RHEINLAND-PFALZ 2021**

Dokumentieren und sichtbar machen
Beratung und Unterstützung

- » **ANGRIFFE**
- » **BEDROHUNGEN**
- » **BELEIDIGUNGEN**
- » **SACHBESCHÄDIGUNGEN**
- » **ANTISEMITISCHE PROPAGANDA UND HETZE**



Meldestelle für menschenfeindliche,
rassistische und antisemitische Vorfälle
in Rheinland-Pfalz

FOKUS: ANTISEMITISMUS

IN RHEINLAND-PFALZ IM JAHR 2021

Die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle dokumentierte im Jahr 2021 **50 antisemitische Vorfälle** in Rheinland-Pfalz.

Bundes- und landesweit stieg nach Angaben des rheinland-pfälzischen Innenministeriums die Anzahl registrierter antisemitischer Straftaten. Im Jahr 2021 wirkten gleich mehrere Verstärker: auch im zweiten Jahr wirkte die Corona-Pandemie als Brandbeschleuniger für antisemitische Verschwörungserzählungen und rechtsextreme Hetze. Im Mai kam es erneut zu gewalttätigen bzw. militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas. Damit verknüpft waren bundesweit Demonstrationen, auf denen es zu antisemitischen Vorfällen und offenem Hass gegen Jüd:innen kam. Diese Entwicklungen zeigen sich auch in den von der Meldestelle dokumentierten Vorfällen, die folgend beispielhaft dargestellt werden.

Zusätzlich konnten wir ein Gespräch mit zwei Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Trier führen, die über ihr Leben und ihre alltäglichen Erfahrungen als junge Jüdinnen im Land berichten.

Die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Trier (IIA) wirft in ihrem Beitrag *Antisemitisch imprägnierte Raumnahme* in Rheinland-Pfalz einen Blick auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Der Beitrag analysiert die Bedeutung von antisemitischen Verschwörungsnarrativen für das heterogene politische Milieu der selbsternannten „Spaziergänger:innen“. Die Corona-Proteste werden als Beispiel für eine rechte und antisemitisch geprägte Raumnahmestrategie untersucht.

Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz
m*power | Juni 2022 | www.meldestelle-rlp.de

IMPRESSUM

Rolf Knieper
Fachstelle m*power
Bahnhofplatz 7/7a | 56068 Koblenz
Tel.: 0261 57 01 33 36 | kontakt@meldestelle-rlp.de
Rechtsfähiger Trägerverein: PAUL e.V.

m*power
Meldestelle für menschenfeindliche,
rassistische und antisemitische Vorfälle
in Rheinland-Pfalz

Gefördert durch



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE

IN RHEINLAND-PFALZ IM JAHR 2021

Antisemitismus wird nach der Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann“^[1] bestimmt.

Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. Antisemitismus ist ein alltägliches Phänomen, das unterschiedlich wirkt und sich in verschiedenen Formen äußert.

Die Meldestelle dokumentierte im Jahr 2021 insgesamt 50 antisemitische Vorfälle. Die Mehrheit der Vorfälle setzt sich aus antisemitisch motiviertem, diskriminierendem Verhalten oder dem Verbreiten antisemitischer Hetze zusammen (34). Darüber hinaus wurden Bedrohungen (6), Sachbeschädigungen (9) und eine Körperverletzung dokumentiert.

Die Vorfälle ereigneten sich im öffentlichen Raum (15): also auf der Straße, im öffentlichen Nahverkehr oder beim Einkauf. Auch wurden Vorfälle aus dem privaten Umfeld (3) und auf der Arbeitsstelle (3) gemeldet. Gedenkort für die Opfer des Holocaust (Schoa) wurden zum Ziel antisemitischer Taten (5). Antisemitische Hetze wurde auf Versammlungen und Demonstrationen verbreitet (8). Ebenfalls wurden Vorfälle in den

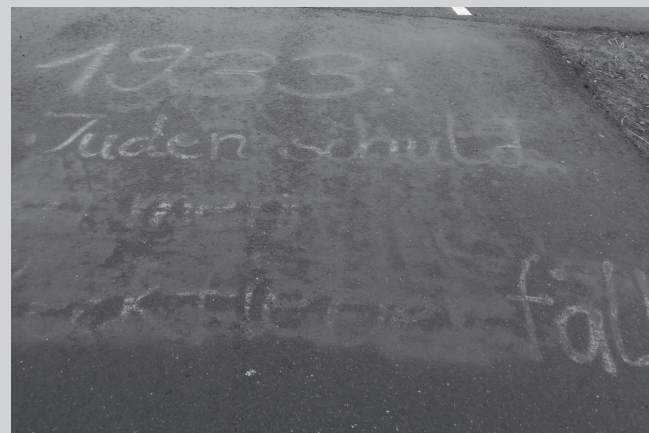
sozialen Netzwerken dokumentiert (7). Weitere Vorfälle wurden sonstigen Orten zugeordnet. Insbesondere Meldungen zu antisemitischen Vorfällen in den sozialen Medien bilden nur Einzelfälle ab. Die Meldestelle dokumentiert Vorfälle in den sozialen Medien nur, wenn diese gemeldet werden und einen rheinland-pfälzischen Bezug aufweisen. Ein Monitoring im Bereich Social Media wird nicht vorgenommen.

ANTISEMITISMUS IST ALLTAG

Die dokumentierten antisemitischen Vorfälle zeigen auch im Jahr 2021 eine Vielzahl an unterschiedlichen Formen auf, in denen Antisemitismus in Rheinland-Pfalz auftritt. Ziel antisemitischer Anfeindungen und Handlungen können unterschiedliche Personengruppen sein; antisemitische Anfeindungen finden in verschiedenen alltäglichen Situationen statt: so wurde eine Person in einer S-Bahn aufgrund des Tragens von jüdischer Symbolik bzw. von Symbolen des Staates Israel beleidigt, in einem anderen Fall wurde ein Kioskmitarbeiter beleidigt, weil er eine jüdische Zeitung verkauft. Eine weitere Person erhielt eine antisemitische, volksverhetzende und holocaustleugnende anonyme Postsendung an ihre Privatadresse, in diesem Fall handelte es sich um eine Massenzusendung, die deutschlandweit verschickt wurde.

In einem anderen Fall kam es in Freinsheim zu antisemitischen Beleidigungen und einem versuchten tätlichen Übergriff mit einem Messer. Vorausgegangen war der Attacke ein seit längerem bestehendes Bedrohungsszenario, das eine ganze Nachbarschaft als auch Mitarbeiter:innen der lokalen Verwaltungen und weiterer Organisationen betrifft. Der Täter kündigte schwere Straftaten an, es kam zu Volksverhetzungen, Sachbeschädigungen, Ruhestörungen und Beleidigungen. Bei seinen Drohungen sprach er wiederholt rechtsextreme, frauenfeindliche und antisemitische Vernichtungsfantasien aus. Die Anfeindungen finden sowohl persönlich als auch im virtuellen Raum statt.

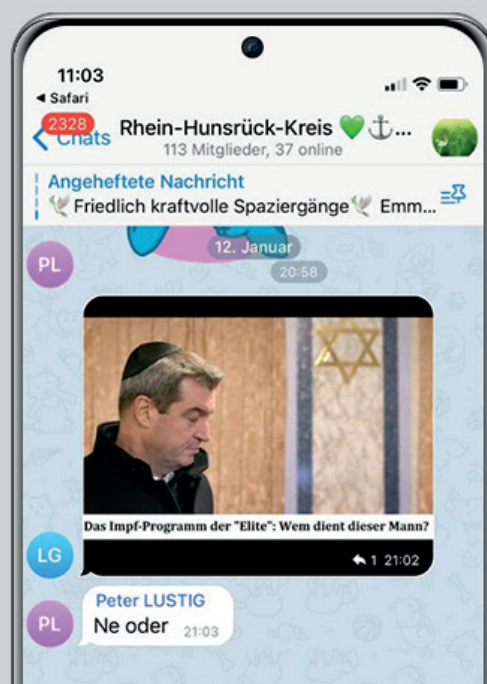
Im Jahr 2021 wurden auch antisemitische Schmierereien und Propaganda gemeldet: so kam es beispielsweise, wie schon im Jahr 2020, im Raum Kaiserslautern zu Schmierereien im öffentlichen Raum mit dem Inhalt „Jude tot“.



„...WIE KLASSISCHE ANTISEMITISCHE MYTHEN AUF AKTUELLE POLITISCHE THEMEN ANGEWANDT WERDEN

Kaum mehr zu erkennen, ein fast unkenntlich gemachtes Graffiti in Mainz mit der ursprünglichen Botschaft: „1933 Judenschuld am Fleckenfieber“, danach folgen weitere Aussagen, die auf die zum damaligen Zeitpunkt diskutierte Impfpflicht anspielen. Ein Beispiel dafür, wie klassische antisemitische Mythen in der Corona-Pandemie auf aktuelle politische Themen angewandt werden.
©Meldestelle

SPAZIERGÄNGE GEGEN DIE CORONA-MASSNAHMEN UND VERSCHWÖRUNGSMYTHEN



Screenshot einer öffentlichen Telegramgruppe aus Rheinland-Pfalz. In der Gruppe wurden Spaziergänge gegen die Corona-Massnahmen beworben und Verschwörungsmymen geteilt. Das Foto zeigt den bayerischen Ministerpräsidenten Söder vor einem Davidstern und mit aufgesetzter Kippa. Söder galt zum damaligen Zeitpunkt als Verfechter strenger Coronaregeln und wird hier als Marionette jüdischer Interessen dargestellt.
Quelle: Telegram

GEDENKORTE ALS ZIEL – POST-SCHOA-ANTISEMITISMUS

Am 14. Februar 2021 verhüllten mehrere Personen das Mahnmal und die Mahntafel am Ort der ehemaligen jüdischen Synagoge in Zweibrücken mit gelben Bettlaken, die Täter:innen stammen mutmaßlich aus der regionalen Neonaziszene. Gezielte Beschädigungen und Propagandaaktionen an Gedenk- und Erinnerungsorten haben das Ziel, die Schoa zu leugnen und zu relativie-

Mainz wurde ein abgelegter Trauerflor verwüstet. Erinnerungsorte an die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Schoa sowie Orte, die Zeugnisse jüdischen Lebens darstellen, sind immer wieder Ziel antisemitischer Aggressionen.

ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS

Im Mai 2021 führten Angriffe der Hamas und anderer islamistischer Terrorgruppierungen in Gaza zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Israel. In diesem Zusammenhang kam es auch in Rheinland-Pfalz zu Versammlungen, die sich zumeist ge-



RECHTSEXTREMIST:INNEN PRAHLEN IM INTERNET ÜBER DIE VERHÜLLUNG DES „SCHANDFLECKS“ AN DER EHEMALIGEN SYNAGOG IN ZWEIBRÜCKEN.

Rechtsextremistinnen prahlen im Internet über die Verhüllung des „Schandflecks“ an der ehemaligen Synagoge in Zweibrücken.
Quelle: Screenshot Twitter

ren, damit einher geht die Verhöhnung der Opfer des nationalsozialistischen Massenerschlags. Dies zeigte sich auch am 9. November 2021, dem Gedenktag zur Reichspogromnacht. In Ludwigshafen kam es zu einer gezielten Sachbeschädigung an einem Gedenkkranz am Synagogen-Mahnmal, in Bingen wurden Kerzen, die an Stolpersteinen abgelegt wurden, zerstört; das Wachs der abgestellten Kerzen wurde auf die frisch geputzten Stolpersteine gegossen. Auch in

gen Israel richteten. Für den Monat Mai dokumentierte die Dokumentations- und Recherchestelle RIAS bundesweit 121 israelfeindliche Versammlungen, auf denen bei über der Hälfte antisemitische Äußerungen und Handlungen festgestellt werden konnten. Für Rheinland-Pfalz registrierte RIAS 7 Versammlungen dieser Art ^[1].

¹ RIAS Bundesverband: Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet, 2021. Verfügbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf

Im Zusammenhang mit diesen Versammlungen wurden der Meldestelle antisemitische Vorfälle gemeldet: nach einer Pro-Gaza Demonstration kam es in der Koblenzer Innenstadt am 16.05.2021 aus einer größeren Gruppe heraus zu Sprechchören wie: „Jude verrecke“, Zeug:innen berichten von weiteren Rufen wie „Scheiß Juden“. In Trier und Koblenz wurden auf verschiedenen Versammlungen Plakate mit den Slogans „Kindermörder Israel“, „Stop doing what Hitler did to you“ sowie Schilder gezeigt, auf denen Israel als Apartheidstaat dämonisiert wurde.

Antisemitismus zeigt sich hier unter dem Deckmantel einer vermeintlichen „Israelkritik“: klassische antisemitische Ressentiments, antisemitische Bilder, Symbole und Mythen werden auf den Staat Israel angewandt, es kommt zur kollektiven Verantwortlichmachung von Jüd:innen für die Handlungen des Staates Israel; es werden andere Bewertungsmaßstäbe, als an andere Länder angelegt. Solche Dämonisierungen, Doppelstandards und Delegitimierungen des Staates Israel sind Hinweise auf eine antisemitische Ausrichtung, zumindest von Teilen, dieser Proteste.

Schon während des Gaza-Kriegs 2014 kam es in Rheinland-Pfalz zu größeren Demonstrationen und antisemitischen Vorfällen. Damals kam es beispielsweise auf einer Demonstration in Mainz zu Parolen wie „Juden ins Gas“^[2]. Das Aufflammen des Nah-Ost-Konflikts ist in vorhersehbarer Regelmäßigkeit auch in Rheinland-Pfalz Vorwand, um antisemitische Haltungen zu artikulieren und antisemitische Hetze öffentlich zu verbreiten.

2 Amadeu-Antonio-Stiftung: Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus - Rheinland-Pfalz, 2020. Verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-rheinland-pfalz>

ANTISEMITISMUS: EIN GESAMTGESELLSCHAFTLICHES PROBLEM

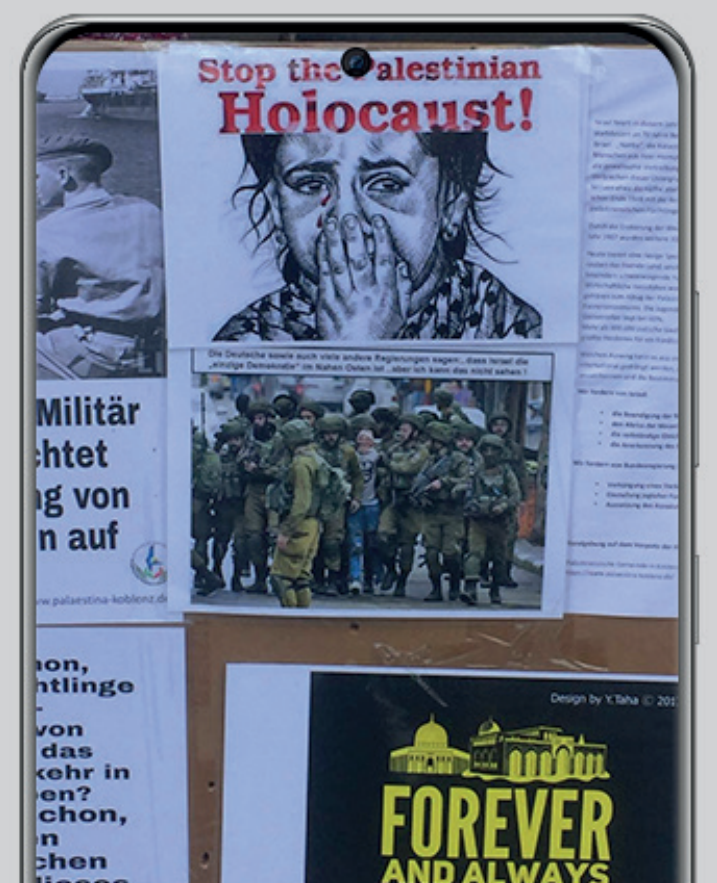
Antisemitismus zeigt sich in vielfältigen Formen, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus bedarf daher einer Sensibilisierung für diese verschiedenen ideologischen Ausprägungen. Antisemitismus lässt sich nicht allein auf die Vergangenheit und den nationalsozialistischen Massenmord an Jüd:innen reduzieren. Die Sensibilisierung für und die Anerkennung der verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus ist wichtig, um der Verharmlosung antisemitischer Positionen entgegenzuwirken und sich mit Personen zu solidarisieren, die von diskriminierenden und menschenverachtenden Anfeindungen betroffen sind.

In den Fällen, in denen Informationen zu den Täter:innen vorlagen, zeigt sich, dass diesen in der Mehrzahl rechtsextreme Motivation zu Grunde lagen. 6 Vorfälle wurden im Zusammenhang mit israelisraelfeindlichen Demonstrationen dokumentiert; rechtsextreme Personen waren an diesen nur marginal beteiligt. Hinzu kommt das diffuse Spektrum der verschwörungsideologisch geprägten Proteste gegen die Corona-Politik sowie Vorfälle, die einem bürgerlich-demokratischen politischen Spektrum zugeordnet werden können.

ANTISEMITISMUS: EIN GESAMTGESELLSCHAFTLICHES PROBLEM

”

HOLOCAUSTRELATIVIERENDES PLAKAT AUF EINER KUNDGEBUNG IN KOBLENZ IM MAI 2021



Holocaustrelativierendes Plakat auf einer Kundgebung in Koblenz im Mai 2021
©Meldestelle

IM GESPRÄCH: JÜDISCHES LEBEN

IN RHEINLAND-PFALZ

Deborah F. (32) studiert Medienwissenschaft an der Universität Trier. Deborah ist Deutsch-Israeli, in Deutschland geboren und in NRW aufgewachsen. Sie lebt seit 2019 in Trier und besucht seitdem die jüdische Gemeinde in Trier. Emilia T. (22) studiert Sozialwissenschaften in Mainz. Geboren ist Emilia in Israel und mit der jüdischen Gemeinde in Trier aufgewachsen. Beide Gesprächspartnerinnen setzen sich aktiv für jüdisches Leben ein.

Hallo Emilia, hallo Deborah. Schön, dass Ihr Euch Zeit nehmt ein paar Fragen zu beantworten. Könnt Ihr Euch, Euer Engagement und Eure Arbeit in der jüdischen Gemeinde Trier kurz vorstellen?

D.F.: Meine Arbeit bezieht sich darauf, jüdisches Leben außerhalb der Gemeinde zu repräsentieren, beispielsweise durch die jüdische Campuswoche an der Universität Trier. Gleichermaßen ist mir auch der Bereich der

Antisemitismusprävention und -aufklärung sehr wichtig, weshalb ich an verschiedenen Projekten mitarbeite. Dazu gehören Plakatausstellungen, Vorträge, ein Kulturfestival und aktuell auch ein Filmprojekt, das in Planung ist.

E.T.: Bis vor kurzem war ich Jugendbetreuerin im jüdischen Jugendzentrum, dort habe ich Ausflüge und Programme mitorganisiert, in der jüdischen Gemeinde helfe ich an Feiertagen und Veranstaltungen aus. Außerdem arbeite ich für das Begeg-

nungsprojekt des Zentralrats der Juden in Deutschland Meet a Jew, ein Projekt mit dem Ziel, mit Jüd:innen in einen Austausch zu treten und die Vielfältigkeit des jüdischen Lebens in Deutschland zu zeigen. Ich bin Vorstandsmitglied des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Trier und der World Union of Jewish Students. Im Jungen Forum setzen wir uns aktiv für Israel und gegen Antisemitismus ein, die Union of Jewish Students vernetzt und vertritt Jüd:innen weltweit.

Im Jahr 2021 wurde 1700 Jahre jüdisches Leben in RLP gefeiert. Wie habt Ihr Euch an diesem Festjahr beteiligt und was bedeutet ein solches Festjahr für Euch? Was verbindet Ihr mit 1700 Jahre jüdisches Leben in RLP bzw. Deutschland?

D.F.: Auch 2021 wurde durch die Jüdische Studierendenunion Deutschland wieder eine deutschlandweite Campuswoche initiiert; ein passender Anlass zur Feier von 1700 Jahren jüdischen Lebens. Gemeinsam mit anderen jüdischen Studierenden der Universität Trier organisierte ich diese auch in Trier, um jüdisches Leben und jüdische Vielfalt zu präsentieren. Zudem gab es einen gemeinsamen Besuch eines Museums und eine Vorstellung des Filmes „Masel Tov Cocktail“ mit anschließender Diskussion.

Bis zu diesem Anlass habe ich mich nie öffentlich als Jüdin zu erkennen gegeben – auch aus Angst vor negativen Reaktionen bzw. Anfeindungen Anderer. Deshalb war 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland für mich ein ausschlaggebender Anlass, einen Teil meiner Identität preiszugeben und somit auch gleichzeitig meine Kultur zu zelebrieren. 1700 Jahre jüdisches Leben bedeuten auch, dass Jüd:innen eine lange Geschichte mit Deutschland verbindet; sie

gehören also zu Deutschland. Sie sollten dementsprechend auch das Recht haben, ihre Kultur frei ausleben zu können und sollten sich den zentralen Aspekt ihres Volkes – die Lebensfreude – nicht nehmen lassen.

E.T.: Neben dem „Festjahr“ dürfen wir nicht vergessen, dass ein Großteil der Zeit eine dunkle Zeit für Jüd:innen war. Neben der Zeit des Nationalsozialismus gab es auch viele weitere schreckliche Ereignisse, in der die jüdische Bevölkerung diskriminiert, verfolgt und sogar ermordet wurde. Daher ist es mir wichtig, im Rahmen der 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, auch daran zu erinnern.

Was macht für Euch jüdisches Leben im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz/Deutschland aus?

D.F.: Jüdisches Leben im Jahr 2022 zeichnet sich durch seine Vielfältigkeit aus. Jüd:innen aus verschiedenen Ländern treffen in Deutschland aufeinander, wobei jede:r seine:ihre eigene Sprache, seine:ihre Bräuche und Traditionen mit sich bringt: aschkenasische (mittel- u. osteuropäische), sefardische (spanische) und mizrachische (orientalische). Zudem öffnet sich die junge Generation immer mehr der Gesellschaft, was sich auf mehreren Ebenen äußert.

Im Privaten nimmt das Engagement zu, jüdisches Leben abzubilden und in Kontakt mit Menschen anderer Herkünfte zu treten, um das Judentum nahbarer zu machen. Auf gesellschaftlicher Ebene erweitert sich auch die Medienlandschaft um aktuelle Beiträge zum Judentum, beispielsweise in Podcasts, Filmen und anderen öffentlich-rechtlichen Sendungen, da auch immer mehr jüdische Künstler:innen ihre Herkunft thematisieren.

E.T.: Ergänzend will ich noch betonen, dass Vielfältigkeit, Diversität und Gemeinschaft das jüdische Leben in Deutschland ausmachen. Egal, wie religiös ein:e Jüd:in ist: wir halten zusammen und haben das große Glück, uns gut deutschlandweit zu vernetzen.



BEGEGNUNGSPROJEKT MEET A JEW:

Unter dem Motto „Miteinander statt übereinander reden!“ vermittelt das *Begegnungsprojekt Meet a Jew* des Zentralrats der Juden in Deutschland ehrenamtliche jüdische Jugendliche und Erwachsene an Schulen, Universitäten, Sportvereine und weitere Einrichtungen. In persönlichen Begegnungen geben die Teilnehmenden individuelle Einblicke in ihren aktuellen jüdischen Alltag, einen Überblick über die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland und beantworten Fragen in ungezwungener Gesprächsatmosphäre. Mehr Infos unter: www.meetajew.de

Die Meldestelle dokumentierte antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2021 haben wir 50 Vorfälle, von analoger und digitaler Hetze bis hin zu körperlichen Angriffen, dokumentiert. Die Sicherheitsbehörden stellten einen Zuwachs von antisemitischen Straftaten fest. Wie alltäglich sind aus Euren Erfahrungen heraus antisemitische Anfeindungen und erlebt Ihr quantitative und qualitative Veränderungen – beispielsweise während der Corona-Pandemie?

D.F.: Antisemitismus ist für mich bereits seit der Schulzeit alltäglich. Teilweise sehr subtil durch einfache Klischees, aber auch offene Anfeindungen und Hass sind mir bereits als Kind begegnet. Innerhalb der letzten Jahre hat sich dies verstärkt, vor allem durch die Nutzung sozialer Medien und die Möglichkeit für Antisemit:innen, anonym zu bleiben. Zudem bildete sich neben dem Antisemitismus der rechten Front und dem aus der Mitte der Gesellschaft eine weitere Form. Diese etablierte sich durch die Zunahme von Flüchtlingen aus arabischen Ländern, die größtenteils bereits mit Juden Hass aufwachsen. Dies führt zu Anfeindungen von immer mehr Seiten, denen Jüd:innen ausgesetzt sind. Die Corona-Pandemie führte meiner Meinung nach zu einem dritten Faktor, der Antisemitismus begünstigt. Wie in allen Zeiten von Umbrüchen und Problemen, führen Chaos und Unsicherheit in der Gesellschaft dazu, einen „Schuldigen“ für ihr Dilemma zu finden. Neue Verschwörungsmysmen tauchten seit dem Corona-Ausbruch auf, die Jüd:innen als Verursacher:innen oder „Drahtzieher:innen“ des Virus identifizieren, die die Weltherrschaft an sich reißen wollen.

E.T.: 50 Vorfälle innerhalb eines Jahres zeigen uns, dass Antisemitismus real und eine

Bedrohung für das jüdische Leben in Deutschland sind. Auch wenn es nur ein einziger gemeldeter Fall wäre, wäre es einer zu viel. Leider ist es aber auch so, dass hinter den gemeldeten Fällen die Dunkelziffer viel größer ist. Antisemitismus findet in den verschiedensten Formen statt: sei es im Internet oder auch im Alltag. Besonders der Alltagsantisemitismus ist kaum bemerkbar, was sehr gefährlich ist. Antisemitismus hat es schon immer gegeben und das in einer hohen Quantität.

Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle wurde viel über den Schutz jüdischer Einrichtungen diskutiert. Wie bewertet Ihr die Situation aus Eurer Perspektive heraus?

D.F.: In Trier gibt es bei Gottesdiensten einen Polizeiwagen, der in der Nähe der Synagoge geparkt ist. Dies vermittelt über den Schutz hinaus auch ein Gefühl von Sicherheit für diejenigen, die an Veranstaltungen in der Synagoge teilnehmen wollen. Oft habe ich allerdings in der letzten Zeit gehört, dass trotz dessen noch in vielen Städten bemängelt wird, dass nach einem Anschlag wie in Halle, die Türen beispielsweise nicht ausreichend gesichert wären. Auch bei der jüdischen Campuswoche an der Universität mussten wir Polizeischutz beantragen – dies ließ uns wieder in der Realität ankommen, in der traurigerweise keine Veranstaltung mit Bezug zum Judentum oder Israel ohne einen solchen Schutz auskommen kann.

E.T.: Dass jüdische Institutionen einen Schutz brauchen, ist traurig, aber leider wichtig und die Realität. Ich kenne keine Synagoge oder jüdische Organisation/Veranstaltung in Deutschland, die keinen polizeilichen Schutz hat. Ohne den polizeilichen Schutz hätte ich mich nicht sicher gefühlt.

Was ist für Euch aktuell die größte Herausforderung für jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz?

D.F.: Die größte Herausforderung bleibt weiterhin, Jüd:innen vor dem weiter ansteigenden Antisemi-

tismus und den Anfeindungen zu schützen. Dazu gehört auch der israelbezogene Antisemitismus, der sich immer besonders stark äußert, sobald von neuen Ereignissen zum Nahost-Konflikt berichtet wird. Letztes Jahr bei einer Solidaritätsbekundung für Israel gab es besonders starke antisemitische Anfeindungen von rechter und arabischer Seite. Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde, mich eingeschlossen, besuchten die Veranstaltung daher nicht. Präventive Arbeit ist deshalb genauso unabdingbar wie auch Anlaufstellen für Opfer von Antisemitismus zu schaffen.

Ein weiteres Problem innerhalb der Gemeinden bleibt auch die unterdrückte Diversität jüdischer Menschen, wie die Exklusion von Menschen anderer sexueller Orientierung. Auch die sogenannten „Vaterjuden“ werden offiziell nicht als Gemeindemitglieder anerkannt. Dies betrifft vor allem Jüd:innen aus der ehemaligen Sowjetunion, die oft einen jüdischen Vater haben. Einem großen Teil wird somit aus religiöser Sicht das Jüdisch-Sein abgesprochen und verwehrt ihnen damit auch das Gemeinschaftsgefühl und eine Bezugsgruppe in Deutschland.

E.T.: Die größte Herausforderung ist für mich, die Jüd:innen gemeinsam in Rheinland-Pfalz zu vernetzen und das jüdische Leben so sichtbarer und stärker zu machen. Wir dürfen uns nicht verstecken.

Welche konkreten Forderungen würdet Ihr an Politik und (Zivil)-Gesellschaft im Umgang mit Antisemitismus und im Hinblick auf die Unterstützung von Jüdinnen und Juden formulieren?

D.F.: Zunächst einmal sollte in Schulklassen ein verpflichtender Besuch eines Konzentrationslagers und das Gespräch mit einem:r

Zeitzeug:in der Shoa eingeführt werden, solange dies noch möglich ist – beides sollte auch im Unterricht gut vor- und nachbereitet werden. Um aber auch aktuelles jüdisches Leben in Deutschland aufzuzeigen, wäre ein Projekt wie „Meet a Jew“ in der Schule sinnvoll, um Vorurteile abzubauen und Aufklärung zu bieten. Darüber hinaus sollten Filme wie „Masel Tov Cocktail“, Sendungen wie „Friday Night Jews“ oder andere Projekte zum Thema Antisemitismus in den Unterricht eingebaut werden.

E.T.: Ich wünsche mir, dass unsere Anliegen aus der Perspektive der Betroffenen ernstgenommen werden. Wir wollen das jüdische Leben ausleben und es sichtbar machen. Dabei ist jedoch jegliche Art von Schutz zu erwarten. Gleichzeitig wünsche ich mir, dass das jüdische Leben in Deutschland sowohl für die Politik als auch für die Gesellschaft als Normalität angesehen werden soll. So wird vielleicht irgendwann polizeilicher Schutz nicht mehr nötig sein.

Vielen Dank für das Gespräch!

AKTUELLE INFORMATIONEN ZUR ARBEIT DER MELDESTELLE FINDEN SIE IN UNSEREM **NEWSLETTER** DER FACHSTELLE M*POWER

Anmeldung zu unserem Newsletter: [Newsletter abonnieren](#)



ANTISEMITISCH IMPRÄGNIERTE RAUMNAHME IN RHEINLAND-PFALZ

Die Spaziergänge im Kontext der Corona-Proteste als regressive Raumnahmepraxen

Andreas Borsch, Marc Seul (Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Trier)

”

Schreibweise: Antisemitismus konstruiert eine Vorstellung von ‚den Juden‘, die nicht in der Realität verankert ist. Diese Imagination sagt viel über das antisemitische Subjekt selber aus, aber nichts über Jüdinnen:Juden. Daher wird im Folgenden diese Differenz zwischen tatsächlichen Jüdinnen:Juden und der antisemitischen Vorstellungen von ‚den Juden‘ auch sprachlich gekennzeichnet. Bei ersteren gendern wir, das Ressentiment ‚die Juden‘ wird in Anführungszeichen gesetzt, um den imaginären Charakter hervorzuheben.

Der Mord an dem 20-jährigen Studenten Alex W. in einer Idar-Obersteiner Tankstelle am 18. September 2021 durch einen Maskenverweigerer markierte den vorläufigen Höhepunkt einer Radikalisierung der selbsternannten ‚Querdenken‘-Bewegung in Rheinland-Pfalz. Bei diesen Protesten, die Einzelaktionen bis hin zu großen Demonstrationen umfassen, sind antisemitische Verschwörungsnarrative mit Raumnahmepraxen eng verwoben. Um dieses Verhältnis analysieren zu können, wird im Folgenden die Kategorie des Raumes herangezogen. Dadurch sollen die antisemitisch grundierten Vorstellungen, Strategien und Praxen ausgesuchter Akteur:innen der Corona-Proteste aus einer im politischen und medialen Diskurs meist vernachlässigten Perspektive beleuchtet werden.

DAS VERHÄLTNISS VON ANTISEMITISMUS UND RAUM

Im Antisemitismus nahm und nimmt Raum stets einen wichtigen Platz ein. Antisemitische Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sind immer auch Sicherheits- und

Ordnungsvorstellungen, in denen der Ordnung und Produktion von Raum eine besondere Bedeutung zukommt. Die bisher extremste Variante stellt die nationalsozialistische Raumordnungs- und Vernichtungspraxis dar. Historische Vorläufer waren etwa die sozialräumliche Segregation von Jüdinnen:Juden in Gettos oder Judenvierteln im Mittelalter und der frühen Neuzeit mittels einer bestimmten *Raumproduktion* durch die christliche Dominanzgesellschaft. Den Jüdinnen:Juden wurden *bestimmte Orte* in der Stadt zugewiesen. Diese zwanghafte Ansiedlung an einem bestimmten Platz in der Stadt hatte die Effekte, dass erstens im Verlauf der Zeit auf den mentalen Landkarten (*mental maps*) der Mehrheitsbevölkerung der jeweiligen Städte diese Orte und die dort lebenden Menschen als gefährlich, fremd und nicht dazugehörig verortet und behandelt wurden. Zweitens gingen diese sowohl *gemachten* als auch *vorgestellten* Markierungen und Verortungen in das Verhalten und in die Eigenwahrnehmung der zwanghaft Angesiedelten ein. Hier kommen also verschiedene Raumdimensionen zusammen: In der *gemachten* (städttebaulicher Eingriff, Vertreibung) und *vorgestellten* („Fremde“ bzw. „Außen-seiter“) Raumordnung ging die Exklusion der jüdischen Minderheit mit der gleichzeitigen Konstruktion der christlichen Mehrheitsgesellschaft einher.

Eng verbunden mit dieser Geschichte der räumlichen Exklusion sind Stereotype und Topoi, die ‚den Juden‘ als ‚vergeistigten‘, ‚heimatlosen‘, ‚ewig Wandernden‘, ‚wurzellosten‘, ‚Luftmenschen‘, der ein ‚abstraktes Prinzip‘ verkörpert, imaginieren. Diese bis heute wirkmächtigen antisemitischen Zuschreibungen eint, dass sie ‚den Juden‘ die Möglichkeit der Gebundenheit an einen konkreten Ort kategorisch absprechen. In scharfem Kontrast hierzu wird im antisemitischen Denken die eigene Gemeinschaft

als ‚verwurzelt‘ und ‚natürlich‘ mit einem bestimmten geographischen Raum verbunden imaginiert. Sowohl in der Nationalstaatsbildung als auch im NS spielte die Konstruktion der eigenen Gemeinschaft über die vorgestellte und diskursiv wirkmächtige Exklusion ‚der Juden‘ und der räumliche Ausschluss von Jüdinnen:Juden als *raumordnende Praxis* eine bedeutende Rolle.

DIE SPAZIERGÄNGE IM KONTEXT DER CORONA-PROTESTE ALS RAUMNAHMEPRAXIS

Im Rahmen der Corona-Proteste haben sich bei den beteiligten Akteur:innen sogenannte Spaziergänge, oftmals montags, als eine wöchentlich wiederkehrende Form des Protests etabliert – auch in Rheinland-Pfalz. Hochburgen waren hier unter anderem Koblenz und Kaiserslautern. Bei diesen nicht angemeldeten, als ‚Spaziergänge‘ getarnten Protestaktionen besetzen die Akteur:innen temporär einen Teil des öffentlichen Raumes, die Fußgängerzone, mit ihren Körpern und gestalten diesen damit aus ihrer Perspektive zu einem Ort des ‚Widerstandes‘ um. Ihre ‚Legitimation‘ und Kraft speist diese illegale Raumnahmepraxis aus einer imaginierten Widerstandsposition. Diese Selbstverortung im ‚Widerstand‘ geht dabei oftmals mit einer antisemitisch grundierten Vorstellung einher.

Die ‚Spaziergänge‘ werden in der dieser Weltdeutung als räumlich-praktische Widerstandshandlung gegen die abstrakte Macht wahlweise der ‚Corona-Diktatur‘, einer ‚jüdisch‘ konnotierten Impffobby, George Soros, Bill Gates oder der ‚NWO‘ (→ Infokasten zu antisemitischen Verschwörungsnarrativen) verstanden. Die (Selbst-)Eingliederung in ein raumnehmendes Kollektiv zielt dabei auf das Bedürfnis, gegen eine vermeintliche Verschwörung – und ihre Vertreter:in-

nen – konkret ‚aktiv‘ zu werden. Damit ist auch ein dominantes Denk- und Wahrnehmungsschemata der Spaziergänger:innen benannt: Durch die Personalisierung abstrakter Herrschaftsverhältnisse wird nicht nur gesellschaftliche Komplexität reduziert, es wird auch ein Freund/Feind-, Gut/Böse-Denken etabliert, das leitend für den Blick auf und das Agieren in der Welt ist.

Somit ist der ‚Widerstandsraum‘ zugleich auch ein *Gefahrenraum* für alle, die als Feinde markiert werden (Medienvertreter:innen, Wissenschaftler:innen, Staatsbeamte, etc.) oder eine Infektion mit dem Corona-Virus vermeiden wollen. Eine besondere Bedrohung stellen diese Demonstrationen darüber hinaus für Jüdinnen:Juden dar. So werden etwa bei den Spaziergängen oftmals gelbe ‚Judensterne‘ mit der Aufschrift ‚Ungeimpft‘ als Protestmotiv verwendet, wodurch die Akteur:innen sich in eine Verfolgungstradition stellen (und zugleich eine Shoah-Relativierung betreiben). In dieser Täter-Opfer-Umkehrung ist eine weitere Legitimationsquelle für die imaginierte Widerstandsposition angelegt, die verbunden mit der Wahrnehmung einer existenziellen Bedrohungssituation stets das Potential in sich trägt, in physische Gewalt umzuschlagen. Diese Gewalt kann sich vor dem Hintergrund der strukturell – aber oftmals auch explizit – antisemitischen Verschwörungsnarrative gegen konkrete Jüdinnen:Juden richten.

Die niedrigschwellige Form des „Spazierengehens“ bietet zudem auch bislang nicht politisch Aktiven die Möglichkeit zu partizipieren und vor allem Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Die Erfahrung, die legalen Grenzen des staatlich-garantierten politischen Handlungsspielraums auszureizen bzw. zu übertreten und sich illegal Raum anzueignen auf Grundlage eines antisemitisch eingefärbten Verschwörungsnarrativs wirkt v. a. intern als Katalysator eines Vergemeinschaftungsprozesses. Das Milieu der Corona-Proteste zeichnet(e) sich durch eine stark ausgeprägte soziologische und ideologische Heterogenität aus. Esoteriker:innen, Hippies, Reichsbürger:innen und Kritiker:innen der Coronamaßnahmen und ‚Ottonormalbürger:innen‘ demonstrieren und spazieren ohne Berührungängste neben Identitärer



Antisemitische Verschwörungsnarrative

Antisemitische Verschwörungsnarrative existieren seit der Antike und erfahren v. a. im 19. Jahrhundert im Zuge der Nationalstaatsbildung eine Intensivierung und Wandlung. ‚Den Juden‘ wird zugeschrieben, dass sie im Hintergrund agieren und dort die Strippen ziehen, um die Welt zu beherrschen und Leid aller Art zu verbreiten. Der Ort, der ‚den Juden‘ hier zugewiesen wird, ist kein konkreter Ort, sondern ein Un-Ort, der zugleich überall und nirgends ist. Darin enthalten ist zudem die antisemitische Projektion, die ‚den Juden‘ übernatürliche Macht zuschreibt, welche ‚die Juden‘ dazu nutzen würden, um – je nach Ort und Zeit – das deutsche Volk zu zersetzen (NS) oder gegenwärtig verantwortlich für die Pandemie zu sein, das Ziel der Errichtung einer ‚New World Order (NWO)‘ zu verfolgen und/oder den angeblichen ‚Großen Austausch‘ zu betreiben. In der ‚QAnon‘-Bewegung oder dem ‚Great Reset‘-Mythos ist dies besonders stark verbreitet. Auch hinter den Impfkampagnen werden ‚die Juden‘ verortet, die sich bereichern würden.

Verschwörungsnarrative geben auf komplexe und abstrakte (gesellschaftliche) Verhältnisse und Problemlagen einfache Antworten, die nach einem Gut/Böse-Schema strukturiert sind. Dabei werden diese Verhältnisse in Form von (vermeintlichen) Verantwortlichen personalisiert. Das bedeutet: Personen wie *George Soros*, *Bill Gates* oder ‚*die Rothschilds*‘ werden als Akteure einer global agierenden ‚jüdischen Elite‘ imaginiert. Verschwörungsnarrative können zwar auch ohne explizite Referenz auf ‚die Juden‘ auskommen, aber durch ihre spezifische argumentative Struktur öffnen sie Antisemitismus das ideologische Feld. Daher sind Verschwörungsmymen zumindest strukturell immer anschlussfähig für Antisemitismus.

durch die gemeinsam begangene konkrete ‚Widerstandsaktion‘ überbrückt.

Die Produktion eines ‚Widerstandsraums‘ wird demnach von Akteur:innen vor Ort betrieben. Den antisemitisch imprägnierten Verschwörungsnarrativen kommt die Bedeutung zu, erstens als kleiner gemeinsamer Nenner für die verschiedenen Spaziergänger:innen zu fungieren und gleichzeitig zweitens eine wichtige Legitimationsquelle für das Protestieren bzw. das ‚Spaziergehen‘ bieten. Diese antisemitisch-verschwörungsgläubige Weltdeutung artikuliert sich drittens konkret vor Ort sowohl in antisemitischen Plakaten und Argumentationen als auch in ‚widerständigen‘ Raumnahmepraxen wie den Spaziergängen, was viertens zu einer Bedrohungssituation auch und gerade für Jüdinnen:Juden im öffentlichen Raum führt.

RECHTE UND ANTISEMITISCH IMPRÄGNIERTE RAUMNAHME-STRATEGIEN – EIN AUSBLICK

Die eingehender skizzierten antisemitisch eingefärbten Raumnahmepraxen im Kontext der Corona-Proteste stehen beispielhaft für eine rechte und antisemitisch geprägte Raumnahme-strategie. So können abschließend als weitere Beispiele für Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 die fünf registrierten Angriffe auf Erinnerungsorte an die Shoah benannt werden. Die Angriffe sind sowohl räumlich-materieller als auch temporär-diskursiver Natur und zielen auf die Umdeutung dieser mit besonderem symbolischem Gehalt aufgeladenen konkreten Orte. Absicht dahinter ist eine diskursive Verschiebung des Sag- und Denkbaren und damit letzten Endes auch des Machbaren anzustoßen bzw. voranzubringen.

Rechte und antisemitisch imprägnierte Raumnahme weist dabei nicht nur eine lange Tradition auf, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht und in den ‚Baseballschlägerjahren‘ in der Wendezeit zu ‚National befreiten Zonen‘ führte, sondern ist auch gegenwärtig ein wichtiges praktisches wie ideologisches Betätigungsfeld rechter Akteur:innen. Das reicht von rechten Wohnprojekten über das Deklarieren

von ‚Nazi-Kiezen‘ bis hin zu Siedlungsbemühungen auf dem Land. Vor dem Hintergrund der elektoralen Landgewinne rechter und antisemitischer Parteien (AfD, dieBasis) und den damit einhergehenden finanziellen Ressourcen aus der Parteienfinanzierung ist damit zu rechnen, dass verstärkt auf solche Raumnahme-strategien zurückgegriffen wird.

Abschließend kann festgehalten werden, dass antisemitische Verschwörungsnarrative und Raumnahmepraxen eine enge Beziehung aufweisen, die eine große Bedeutung für die ‚Spaziergänger:innen‘ und darüber hinaus die Corona-Protest-Szene haben. Antisemitische Raumnahmepraxen sind darüber hinaus Teil einer Metastrategie der organisierten Rechten. Die Verschwörungsnarrative fungieren dabei als Richtschnur in einer als komplex wahrgenommenen Welt und liefern klare Feindbilder. Die antisemitisch eingefärbten Raumnahmepraxen, auch im Kontext der Spaziergänge, zielen zudem, implizit und explizit, auf die Exklusion ‚der Juden‘ oder mit ihnen Assoziierten. Somit ist festzuhalten, dass von diesen Raumnahmepraxen eine konkrete Bedrohungslage für Jüdinnen:Juden in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus ausgeht.

Zum Weiterlesen:

Amadeu Antonio Stiftung (2021): deconstruct antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen. URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/210922_aas_broschuere-da-105x148_web_doppelseiten.pdf

Antifa-Infoblatt (2022): Schwerpunkt: Rechte Siedlungsträume. Ausgabe 134. URL: <https://www.antifainfoblatt.de/ausgabe/aib-134>

Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022): Lokale Reartikulationen des Autoritären. Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik „vor Ort“. In: Geographische Zeitschrift, 110 (1), S. 22–40.

Kellershohn, Helmut (Hg.) (2013): Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion. Münster: Unrast Verlag.

Lotta-Magazin (2013): Schwerpunkt: Rechte Frei-Räume. Bedeutung, Praxis und Auswirkungen. Ausgabe 53. URL: <https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/53>

Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.) (2022): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript.

Müller, Yves/Winkler, Benjamin (2013): Neonazistische Raumergreifungsstrategien und antifaschistische Gegenstrategien im urbanen Raum. Der Kampf um Räume am Beispiel von Berlin-Schöneweide und Leipzig. In: Kellershohn, Helmut (Hg.): Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion. Münster: Unrast Verlag, S. 112–131.



Kategorie Raum

Ein pragmatisches dreidimensionales Raumverständnis geht von natürlichem (geologische Bedingungen), *gemachtem* (Architektur, Straßen) und *vorge-stelltem* (gedachte Ordnungen) Raum aus. Dabei wird Raum in vielgestaltiger Funktion begriffen: als Territorium (Nation, Region, Grenze), als Bild bzw. Assoziation (Karte, *mental map*) sowie als Analyseinstrument und Kategorie u. a. der Sozialgeschichte (Zentrum und Peripherie). Die unterschiedlichen Raumdimensionen stehen dabei in einem wechselseitigen Beziehungsverhältnis zueinander, die auf die Praxis der in ihnen agierenden Menschen einwirken bzw. diese mit konstituieren. (Sozialer) Raum wird dabei als ein (soziales) Produkt konkreter sozialer Praxen von Menschen begriffen. Raum ist dabei zugleich Voraussetzung und Resultat sozialer Praxen und Beziehungen.

Es ist sinnvoll, zwischen Raum (urbaner Raum, Stadtteil, Straße) und Ort zu unterscheiden, da an Orten verdichtete Raumkonstellationen auftreten können, etwa an Polizeistationen, Gefängnissen oder besetzten Häusern. Gebunden an Orte sind stets bestimmte Zuschreibungen (Getto, Gefahrenort, Heterotopie), die sich je nach sozialer Gruppe auch unterscheiden können. Polizeistationen werden etwa aus der Perspektive von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus als Orte der Gefahr wahrgenommen, während diese aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft als Orte der Produktion von Ordnung und Sicherheit verstanden werden.

iiia

Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Universität Trier

Die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Universität Trier (IIA) ist ein Zusammenschluss von Doktorand:innen und Studierenden, der sich 2019 gegründet und seinen Sitz an der Universität Trier hat. Ziel der Initiative ist es, neue wissenschaftliche Perspektiven auf den Themenkomplex Antisemitismus anzustoßen, Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln sowie im Verbund mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen innovative Formen der Antisemitismusprävention und -bekämpfung zu entwickeln.

Aktuelle Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen und Projekten finden sich unter iia.uni-trier.de oder auf den Social Media Kanälen (linktr.ee/iia.trier).



BERATUNGSANGEBOTE

BEI ANTISEMITISCHER GEWALT:

Mobile Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in RLP

Die mobile Beratungsstelle m*power berät Betroffene von rechter und antisemitischer Gewalt. Wir bieten Betroffenen, die vermuten, dass ein solches Motiv (mit-) bestimmend war, die Möglichkeit vertraulich über die Vorfälle zu sprechen. Dabei kann es sich sowohl um verbale oder schriftliche Äußerungen und Drohungen als auch körperliche Übergriffe handeln.

Sie wurden angegriffen oder bedroht? Sie haben Fragen, Probleme oder Ängste? Wir unterstützen Sie auf Ihrem Weg mit dem Erlebten umzugehen, informieren Sie über Ihre Rechte und wägen gemeinsam mit Ihnen weitere Schritte ab. Unser Unterstützungsangebot orientiert sich an Ihren Bedürfnissen mit dem Ziel Ihre Handlungsfähigkeit zu bestärken.

Beispielsweise begleiten wir Sie bei behördlichen und rechtlichen Schritten und sind bei der Suche nach Anwält:innen behilflich. Wir unterstützen Sie in unserem Büro in Koblenz, aufsuchend an einem Ort Ihrer Wahl und online per E-Mail oder Videochat. Alle unsere Beratungsleistungen sind für Sie kostenfrei. Wir möchten Sie wissen lassen, dass Sie in dieser Situation nicht allein sein müssen.



KONTAKT

Casinostraße 1b
56068 Koblenz

☎ 0261 55 00 11 41

☎ 0151 1059 47 99

@ kontakt@mpower-rlp.de

➔ www.mpower-rlp.de



SoliNet – Beratung gegen Hass und Gewalt im Netz in RLP

Das Ziel des kostenfreien Beratungsangebots ist Betroffene von digitaler Gewalt vertraulich, auf Wunsch anonym, zu unterstützen, zu stärken und effektiv gegen Hass im Netz vorzugehen.

WIR UNTERSTÜTZEN BEI:

Beleidigung, Bedrohungen, Verleumdung, üble Nachrede, Hatespeech (u. a. Body-Shaming, LSBT*IQ+ Bashing), Cyberstalking, bildbezogene Gewalt, Cybermobbing.

INDEM WIR:

emotional-stabilisierend online beraten, mithilfe einer Kanzlei erste juristische Einschätzung einholen, Beweise rechtssicher dokumentieren, Online-Inhalte melden und löschen sowie kommunikative Strategien erklären.



KONTAKT

☎ 0261 – 57 01 33 37

@ solinet@mpower-rlp.de

➔ www.solinet-rlp.de

